

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 12. Juni 2019 / Mercredi matin, 12 juin 2019

Polizei- und Militärdirektion / Direction de la police et des affaires militaires

64 2019.POMGS.54 Kreditgeschäft GR

Kantonspolizei Bern; Vertrag betreffend Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Bern durch die GSD Gayret Security AG. Ausgabenbewilligung, Verpflichtungskredit 2020 bis 2025 (Objektkredit)

64 2019.POMGS.54 Affaire de crédit GC

Police cantonale bernoise (POCA) ; contrat concernant le contrôle du stationnement en ville de Berne par l'entreprise GSD Gayret Security AG. Autorisation de dépenses ; crédit d'engagement 2020 à 2025 (crédit d'objet)

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 64, Vertrag Kantonspolizei betreffend Kontrolle des ruhenden Verkehrs. Es ist ein Kreditgeschäft. Ich gebe als Erstes der Kommissionssprecherin Barbara Streit das Wort.

Antrag SiK (Streit-Stettler, Bern)

Zustimmung mit der Auflage, dass der Dienstleistungsvertrag mit der Gayret Security AG bei einer Änderung der Rahmenbedingungen entsprechend angepasst wird.

Proposition de la CSéc (Streit-Stettler, Berne)

Adoption assortie de la charge suivante : En cas de modification des conditions générales, le contrat de prestations avec la société Gayret Security sera adapté.

~~Rückweisungsantrag BDP (Etter, Treiten)~~

~~Rückweisung an den Regierungsrat mit der Auflage bei der Stadt Bern vorgängig abzuklären, welche Auswirkungen das kürzlich von der Stadtregierung angekündigte Verkehrsregime mit der Aufhebung von Parkplätzen in der Stadt auf die Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Bern bis 2025 hat. Allenfalls ist der Vertrag über die durchzuführenden Kontrollen mit der GSD entsprechend anzupassen.~~

~~Proposition de renvoi PBD (Etter, Treiten)~~

~~Renvoi au Conseil exécutif, qui est chargé d'examiner préalablement avec la Ville de Berne quelles seront les répercussions du régime de circulation annoncé récemment par le Conseil de Ville (suppression de places de stationnement en ville) sur le contrôle du stationnement en ville de Berne jusqu'en 2025. Le cas échéant, le contrat conclu avec l'entreprise GSD sur les contrôles à effectuer devra être adapté.~~

Der Ordnungsantrag BDP/Etter auf Verschiebung des Geschäfts in die Herbstsession 2019 wurde an der Abendsitzung vom 11.06.2019 behandelt; siehe Geschäft 2018.RRGR.515.

La motion d'ordre PBD/Etter proposant le report de l'affaire à la session d'automne 2019 a été traitée lors de la séance du 11.06.2019, soir, voir affaire 2018.RRGR.515.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Es geht hier, auch in den Augen des Herrn Regierungsrates, um ein relativ unspektakuläres Geschäft, das in der Kommission nicht bestritten war. Erst jetzt, nachträglich, hat es ein wenig Brisanz erhalten, nachdem BDP-Grossrat Jakob Etter seinen Rückweisungsantrag eingereicht hat. Es geht um die Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Bern, also vor allem um die Kontrolle der blauen Zonen. Mindestens einmal wöchentlich wird auf jedem Parkplatz geschaut, ob eine Parkscheibe oder eine Parkkarte bei den parkierten Autos vorhanden

ist, und entsprechend wird nachher auch gebüsst. Es ist eine lange Tradition, dass der ruhende Verkehr in der Stadt Bern nicht durch die Polizei, sondern durch eine Sicherheitsfirma kontrolliert wird. Diese Tradition reicht sogar noch vor Police Bern zurück. Dies wurde bereits so gemacht, als es noch die Stadtpolizei (Stapo) gab. Später wurde der Vertrag dann in den Ressourcenvertrag der Stadt Bern mit der Kantonspolizei (Kapo) integriert. Jetzt muss der Auftrag neu ausgeschrieben werden, weil er ausläuft. Den Zuschlag bei dieser WTO-Ausschreibung hat wieder dieselbe Firma erhalten, welche diese Arbeit bereits jetzt macht, die GSD Gayret Security AG (GSD). Dieselbe Leistung der Firma GSD wird in Zukunft für 80 000 Franken weniger pro Jahr erbracht. Der Kanton zahlt dieser Unternehmung 453 996 Franken pro Jahr. Generiert werden aus diesen Kontrollen 2,25 Mio. Franken an Buserträgen, die vollumfänglich an den Kanton gehen.

Wie ich bereits erwähnt habe, stimmte die Kommission diesem Geschäft ursprünglich einstimmig zu. Der ursprüngliche Antrag Etter auf Rückweisung, der nun zurückgezogen wurde, wurde mit 11 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Dieses Resultat bedeutet aber nicht, dass wir die Bedenken von Jakob Etter in der SiK nicht ernst genommen haben. Es ist klar, dass ein Vertrag angepasst werden muss, wenn die Rahmenbedingungen nicht mehr stimmen. Nachdem Jakob Etter seinen Ordnungsantrag auf Verschiebung in die Septembersession eingereicht hatte, diskutierten wir deshalb das Ganze in der Wandelhalle noch einmal ausgiebig und formulierten zu unserem Antrag auf Zustimmung noch eine Auflage, die Ihnen vorliegt, und die ausdrücklich festhält, dass der Vertrag überprüft werden muss, wenn die Rahmenbedingungen des Vertrags ändern. Die SiK bittet Sie, ihren Antrag zu unterstützen.

Präsident. Sie haben es gehört: Der Rückweisungsantrag wurde gestern zurückgezogen. Wir haben jetzt einfach diesen Abänderungsantrag der SiK. Das Mikrofon ist offen für Fraktionen. Ich gebe Jakob Etter das Wort.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Der Ordnungsantrag wurde gestern abgelehnt. Eine Chance wurde verpasst, diesen Vertrag noch einmal zu verhandeln. Ich habe es gestern schon erklärt: Die Stadt Bern will möglichst alle oder möglichst viele Autos aus der Stadt verbannen. Sie will die Parkplätze um die Hälfte reduzieren. Das sind 8500 Parkplätze, die gestrichen werden sollen. Dementsprechend wird auch der Aufwand für diese Kontrollen reduziert. Ich akzeptiere diesen verlorenen Antrag. Aber ich möchte dem Polizeidirektor doch die Frage stellen, ob es überhaupt möglich ist, wenn wir heute diesem Vertrag zustimmen, dass er ihn während der laufenden Vertragsdauer noch anpasst, so wie es der Antrag SiK hier verlangt. Das heisst, dass man diesen Preis allenfalls noch verhandeln könnte, sollten sich die Rahmenbedingungen ändern, auch wenn der Vertrag läuft.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA: Lydia Baumann.

Lydia Baumgartner, Jegenstorf (SP). Beim vorliegenden Geschäft geht es um einen Auftrag an Dritte für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs in der Stadt Bern, also hauptsächlich um die blaue und weisse Zone. Dabei wird der Verkehrsdienst der Kantonspolizei entlastet, und er kann sich anderen, anspruchsvollen Aufgaben im Verkehrswesen widmen. Diese Auslagerung besteht bereits seit über zehn Jahren und hat sich bestens bewährt. Die Vertragsperiode dauert jeweils drei Jahre, mit der Option um Verlängerung um zwei Jahre. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht sich grundsätzlich für eine Auslagerung der Kontrolle des ruhenden Verkehrs in Zonen mit Parkscheibenpflicht und Parkkartenregelung aus, also der blauen und weissen Zone, und unterstützt damit das Durchsetzen der Parkordnung zum Wohle der Anwohnerinnen und Anwohner. Wir sind aber auch der Ansicht, dass die Kapo durch diese Auslagerung von ihrer Grundaufgabe nicht entbunden wird und bei offensichtlich fehlerhaften und falsch parkierten Autos ebenfalls einzugreifen hat. Wie wir vorhin bereits gehört haben, plant die Stadt Bern ein neues Parkierungskonzept, mit dem Ziel, rund die Hälfte der bisherigen Parkplätze in der Stadt aufzuheben. In welchem Zeitrahmen das wirklich umgesetzt wird, ist noch nicht definiert. Der Prozess steht am Anfang. Sollte dieses Vorhaben, wider Erwarten, rasch umgesetzt werden, ist die SP-JUSO-PSA-Fraktion der Meinung, dass möglicherweise die vertragliche Regelung mit der GSD neu beurteilt werden muss. Sie unterstützt somit den Abänderungsantrag der SiK. So wird sichergestellt, dass der Dienstleistungsvertrag mit der GSD bei einer Änderung der Rahmenbedingungen entsprechend angepasst wird. Dem Abänderungsantrag von Grossrat Gerber stimmen wir ebenfalls zu.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Wir denken, dass dieser Vertrag ein sehr günstiger ist, und er ist sehr positiv. Er kostet 453 996 Franken und generiert praktisch das Viereinhalbfache an Geld. Ich persönlich möchte für diesen Betrag den Job nicht machen müssen. Was mich jetzt mehr ans Mikrofon getrieben hat, ist der Rückweisungsantrag, der zwar zurückgezogen wurde. Ich möchte aber vom Gedanken her auch noch kurz etwas dazu sagen: Wenn wir immer auf eine Ankündigung von jemandem, der etwas machen will, politisch reagieren wollen, dann kommen wir nicht mehr voran. Wir haben letzte Woche über ein Gesetz debattiert, das die Ausschreibung, sozusagen die Auswirkung dieses Gesetzes, die Aufträge, welche man erteilen wollte ... Diese hat man vor sechs Monaten ausgeschrieben. Damals wusste man noch nicht genau, was später alles in diesem Gesetz stehen wird. Es war hier erst eine Ankündigung. Ob es dann bis ins Jahr 2024 wirklich so bleibt, wissen wir noch nicht genau. Wir Grüne stimmen dem Vertrag zu. Wir stimmen auch dem Abänderungsantrag der SiK zu.

Präsident. Es geht wohl nicht allen gleich wie uns hier vorne. Wir haben jeweils fast einen halben Herzinfarkt, wenn irgendjemand etwas sagt. Vorhin hat Lydia Baumgartner gesagt, sie seien auch für den Abänderungsantrag Gerber. Dann geht bei uns das hektische Suchen los: Wo ist dieser Abänderungsantrag? Dieser liegt aber zu Traktandum 66 vor. Vergessen Sie das wieder. Unser Herzschlag ist auch wieder ganz normal. Pour l'UDC, Etienne Klopfenstein a la parole.

Etienne Klopfenstein, Corgémont (UDC). Depuis la mise en place de la police unique en 2008, c'est la police cantonale qui est responsable du contrôle des 17 000 places de stationnement publiques de la ville de Berne. Dès le début, ce contrôle a été confié à une entreprise privée, premièrement à Securitas SA, et de 2015 à 2019 à GSD. Ce mandat va prendre fin au 31 décembre. Un nouveau contrat a été négocié avec GSD suite à la mise en soumission publique pour une durée de quatre ans, de 2020 à 2023, qui peut être prolongée de deux ans jusqu'à fin 2025. Le montant annuel du crédit s'élève à 454 000 francs. Avec cette prestation, le canton peut encaisser annuellement environ 2,25 millions de francs. Il y a quelques jours, le Conseil municipal de la ville de Berne annonçait qu'il étudiait la réduction des places de stationnement de moitié. Face à cette nouvelle situation, un amendement a été déposé par la CSéc, demandant une adaptation du contrat de prestations en fonction du nombre de places de stationnement.

Le groupe UDC n'a pas eu l'occasion de prendre position sur cet amendement, toutefois, il trouve la proposition nécessaire, et elle aura un soutien. Le groupe UDC accepte le crédit pour Gayret Security AG.

Präsident. Es haben sich keine weiteren Votantinnen und Votanten gemeldet. Dann darf ich Regierungsrat Müller das Wort erteilen.

Philippe Müller, Polizei- und Militärdirektor. Die systematische Kontrolle der in der blauen Zone der Stadt Bern parkierten Autos dient der Durchsetzung der Parkordnung in der Hauptstadt. Diese Kontrollen werden seit über 15 Jahren von der Polizei und einer privaten Sicherheitsfirma gemeinsam durchgeführt. Diese Unternehmung macht Kontrollen im Bagatellbereich. Dadurch kann sich der Verkehrsdienst der Kapo auf die anspruchsvolleren Schwerpunktkontrollen und Einsätze in Zusammenhang mit Veranstaltungen konzentrieren. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt und soll beibehalten werden. Die GSD Gayret Security AG hat im offenen Ausschreibungsverfahren nach GATT/WTO den Zuschlag erhalten. Gegen diesen Entscheid wurden keine Beschwerden eingereicht. Die geplante Dienstleistung der GSD kostet jährlich 453 996 Franken. Das sind 15 Prozent weniger als bisher. Es wäre teurer, wenn die Kapo diese Kontrollen selbst durchführte und dazu neue Stellen geschaffen werden müssten.

Durch die regelmässigen Kontrollen der parkierten Fahrzeuge werden Busseinnahmen von über 2 Mio. Franken jährlich generiert. Der Regierungsrat will die eingespielte Zusammenarbeit zwischen der Kapo und der GSD Gayret Security AG weiterführen und beantragt dem Grossen Rat, dem entsprechenden Kredit für die Jahre 2020 bis 2023 und einer Verlängerung bis 2025 zuzustimmen. Die POM hat nichts gegen den Abänderungsantrag der SiK zum Rückweisungsantrag der BDP einzuwenden. Mit der GSD soll per 1. Januar 2020 ein Dienstleistungsvertrag abgeschlossen werden. Dieser Dienstleistungsvertrag beinhaltet unter Ziffer 16 den Vorbehalt, dass der Vertrag bei veränderten Rahmenbedingungen angepasst oder vorzeitig gekündigt werden kann. Wenn eine Reduktion der Parkplätze in der Stadt Bern tatsächlich zu einem geringeren Kontrollbedarf führen sollte, kann also reagiert werden. Eine Reduktion des Parkplatzangebots führt jedoch nicht unbedingt zu

einem geringeren Kontrollbedarf. Wenn zu wenig Parkplätze vorhanden sind, wird manchmal einfach vermehrt illegal parkiert, zum Beispiel auf Trottoirs oder ausserhalb der Parkfelder auf den Strassen oder in den Gassen. Dann könnte es auch sein, dass der Kontrollbedarf sogar eher zu- als abnimmt.

Präsident. Wir kommen zuerst zum Abänderungsantrag der SiK, von dem wir jetzt gerade gehört haben, dass er eigentlich im Vertrag schon vorhanden ist. Ich lasse selbstverständlich trotzdem darüber abstimmen. Wer den Abänderungsantrag der SiK annimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.POMGS.54; Antrag SiK [Streit-Stettler, Bern])
Vote (Affaire 2019.POMGS.54 ; proposition de la CSéc [Streit-Stettler, Berne])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	141
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben dem zugestimmt, mit 141 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Damit kommen wir zur Abstimmung zum Kreditgeschäft. Wer dieses Kreditgeschäft annimmt, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.POMGS.54)
Vote (Affaire 2019.POMGS.54)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme mit Auflage SiK / Adoption

Ja / Oui	134
Nein / Non	4
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben auch hier zugestimmt, mit 138 Ja-Stimmen zu 4 Gegenstimmen bei 0 Enthaltungen.

Bevor wir zu Traktandum 65 kommen, habe ich eine kurze Mitteilung zu machen. Diese richtet sich an Mathias Müller, Elisabeth Striffeler, Adrian Haas, Bruno Vanoni, Anita Luginbühl – richten Sie es ihr bitte aus –, Luca Alberucci, Christine Schnegg und Jakob Schwarz. Sie sind im Ausschuss des Büros zur Evaluation der Grossratsentschädigungen, welche wir alle vier Jahre durchführen müssen. Unter der Leitung von Stefan Costa findet heute Nachmittag um 13.20 Uhr, kurz vor der Nachmittagssitzung, in der Wandelhalle eine Sitzung statt. Ich bitte diejenigen, die ich aufgerufen habe, sowie Stefan Costa, um diese Zeit dort zu sein.